

## **Polnischer Sozialrat: Zehn Jahre Arbeitnehmerfreizügigkeit kein Grund zum Feiern!**

Zehn Jahre nach ihrer gefeierten Einführung können viele Arbeitnehmer in der EU die Freizügigkeit nicht so nutzen wie erhofft. Deshalb schlägt der Polnische Sozialrat e.V. am heutigen Europatag einen 11-Punkte-Plan für EU-Bürger\*innen vor und fordert die Bundesregierung zum Handeln auf.

„Auch nach zehn Jahren Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen polnische Arbeitskräfte in Deutschland in der Praxis nicht die ihnen formal zustehenden Rechte“, kritisiert Dr. Marta Neüff, Vorsitzende des Polnischen Sozialrates (PSR). Es mangle an Strukturen bei der Umsetzung der geltenden Richtlinien. Besonders die soziale und Rechtsberatung müsse ausgebaut werden, um Diskriminierung effektiv zu verhindern.

Zehn Jahre sind vergangen, ohne dass es einen bedarfsgerechten politischen Fahrplan für die gleichberechtigte Einbindung und Teilhabe mobiler Unionsbürger\*innen in Deutschland gibt. Deshalb werden insbesondere Menschen aus Ost- und Südeuropa weiterhin ausgebeutet.

„Trotz vollständiger Auslastung ihrer Arbeitskraft verfügen Migrant\*innen in prekären Arbeitsverhältnissen oft nicht über ausreichende Mittel zur Existenzsicherung und sind gezwungen, Sozialleistungen zu beantragen“, betont Dr. Kamila Schöll-Mazurek, Leiterin der Beratungsstelle des PSR. Diese Leistungen werden ihnen in vielen Fällen unrechtmäßig verweigert, auch wegen der mangelnden interkulturellen Öffnung der Behörden und der nicht ausreichenden Unterstützung von migrantischen Beratungsprojekten.

Die Schwächen der europäischen Solidarität wurden während der Corona-Pandemie besonders deutlich. Während Pendler\*innen aus Mittel- und Osteuropa besonders unter geschlossenen Grenzen leiden, müssen Saisonarbeiter weiter ohne Krankenversicherung unter Bedingungen arbeiten, die die Verbreitung von Covid-19 nachweislich begünstigen. Der Beginn der Spargelsaison hat erneut ein Schlaglicht auf fehlende Schutzkonzepte für Erntehelfer\*innen geworfen. Auch Arbeitnehmer\*innen in der Fleischindustrie werden mit dem Infektionsschutz unvereinbare Arbeits- und Lebensbedingungen zugemutet.

„Wir brauchen faire Arbeitsbedingungen für mobile Arbeitnehmer\*innen in der EU. Dazu müssen Arbeitsmarktakeure, Beratungsstellen und Communities enger zusammenarbeiten und ihre Tätigkeit ausreichend kommunizieren, auch in den Muttersprachen der Betroffenen“, sagt Krzysztof Blau, Sprecher des Polnischen Bundesnetzwerk Partizipation und Soziales.

„Europa ist eine Solidaritätsgemeinschaft. Dazu gehört, dass wir die gesellschaftliche Partizipation von in Deutschland lebenden EU-Bürger\*innen fördern und sie nicht nur als günstige Arbeitskräfte betrachten“, betont PSR-Vorsitzende Neüff. Die prekäre Lage von Arbeitsmigrant\*innen schließe sie von realer Teilhabe aus.

Die Bundesregierung hat bislang keine nachhaltige Teilhabe-Strategie für die größte Gruppe von Zuwander\*innen entwickelt. Als Handreichung hat der Polnische Sozialrat nun einen eigenen 11-Punkte-Plan entwickelt (im Anhang oder unter diesem Link: [https://polskarada.de/wp-content/uploads/2021/05/Forderungen-des-Polnischen-Sozialrates\\_06052021.pdf](https://polskarada.de/wp-content/uploads/2021/05/Forderungen-des-Polnischen-Sozialrates_06052021.pdf)).

Kontakt: Dr. Marta Neüff, +49 176 56709570, E-Mail: [presse@polskarada.de](mailto:presse@polskarada.de)